

Der Steinmetz

Organ

für die Interessen der Steinarbeiter Deutschlands.

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.

Herausgeber

Paul Dörmal, Rixdorf-Berlin, Bergstraße 30-31, Hof pt.

Verantwortlicher Redakteur

Dithmar Schmidt, Rixdorf-Berlin, Bergstraße 30-31, Hof pt.

Geschäftsstelle und Expedition:

Rixdorf-Berlin,

Bergstraße 30-31, Hof pt.

Abonnementpreis durch die Post inkl. 15 Pf. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pf., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pf.

Anzeigen: Von Bergingen und Krankenkassen 10 Pf., von Privaten 20 Pf. die gespaltene Zeile oder deren Raum. Arbeitsangebote werden nur aufgenommen, wenn Lohnverhältnisse und Arbeitszeit angegeben sind.

„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7056 d. Postungs-Postliste eingetragen.

Nr. 41.

Sonnabend, den 12. Oktober 1901.

5. Jahrg.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

In Eßau i. S. haben 47 Kollegen bei der Firma Klotz wegen Reduzierung des bestehenden Tarifs um 10% die Arbeit am 7. d. Mts. niedergelegt. Ebenso ist nach Auerbach i. Bgl. wegen Lohnkürzung auf Platz Koppe der Bezug fernzuhalten.

Der Niedergang des Handwerks.

Die Voraussetzung aller Klagen über den Niedergang des Handwerks ist die Annahme, es habe einmal eine Zeit gegeben, in der das Sprichwort vom „goldenen Boden“ des Handwerks unbesehen auf jeden Handwerker Anwendung finden dürfte. Mit dieser guten alten Zeit verglichen, befände sich dann das gesammte Handwerk, so lautet die Deduktion weiter, heutzutage in einer jämmerlichen Lage, welche lediglich durch die Gewerbefreiheit und die bösen Maschinen verschuldet sei. Ist dem wirklich so?

Dass sich das Handwerk heutzutage in der That vielfach in einer sehr bedrängten Lage befindet und oft mit dem Fabrikbetriebe einen erbitterten Kampf auf Leben und Tod auszufechten hat, soll von uns selbstverständlich nicht geleugnet werden. Aber war denn die vielgerühmte alte Zeit wirklich für das Handwerk eine so gute, wie man uns von Seiten der „Mittelstands-Politiker“ gern glauben machen möchte? Wenn Schiller die Wallenstein'schen Reiter verächtlich von „Gevatter Schneider und Handschuhmacher“ reden läßt, so deutet das jedenfalls keineswegs auf eine besonders glänzende äußere Lage hin. Und was eingehende Spezialforschungen ergeben haben, zeigt ebenfalls, daß die Handwerksmeister sich durchweg in gedrückten Vermögensverhältnissen befunden haben müssen.

Einige Beispiele mögen das beweisen. Nach 1817 wird als durchaus normale Thatsache aus Bayern berichtet, daß auf 10 Bäckermeister einer Stadt täglich nur drei Gebäcke entfielen, d. h., daß jeder Bäckermeister in der Woche nur zweimal backen konnte. In Norddeutschland verpfundeten 5-6 Schlächter in der Woche zusammen ein Stück Rindvieh. Und dabei galten Bäcker und Schlächter seit alter Zeit als diejenigen Handwerker, die es am leichtesten zur Wohlhabenheit bringen! Die Betriebe der Handwerker waren überdies überwiegend Alleinbetriebe; kamen doch im Herzogthum Magdeburg im Jahre 1784 auf 27 050 selbstständige Meister nur 4200 Gehilfen und Lehrlinge, in der Stadt Bochum etwa gleichzeitig auf 21 Bäckermeister, 8 Zimmerleute und 5 Maurermeister je ein Geselle.

Diese im ganzen kümmerlichen Verhältnisse lassen es begreiflich erscheinen, daß das alte „Zunftwesen“ unter dem einmüthigen Beifall der Handwerksmeister zu Grabe getragen wurde. Die von der Einführung der Gewerbefreiheit befürchteten Nachteile sind nicht eingetreten, die Lehrlingsausbildung hat nicht aufgehört, das Handwerk hat sich auch nicht in lauter Kleinbetriebe zersplittert, wohl aber hat es sich auf dem platten Lande gewaltig ausgedehnt und wohl haben Tausende tüchtiger Handwerksmeister sich zu kleinkapitalistischen Unternehmern oder zu großen Fabrikanten umgewandelt. Allerdings sind auch zahlreiche Handwerker zu Heim- oder Fabrikarbeitern herabgedrückt worden und ganze Produktionsgebiete

des Handwerks sind geradezu in ihrer Existenz bedroht. Und insofern kann man mit Zug und Recht von einem Niedergang des Handwerks sprechen.

Aber die Gründe für diesen Niedergang sind doch nicht etwa lediglich in dem Vordringen der Maschine auf alle Produktionsgebiete zu suchen, wie man das vielfach behaupten hören kann, und noch viel weniger in der Einführung der Gewerbefreiheit. Ein großer Theil der zu Ungunsten des Handwerks erfolgten Verschiebungen hat seinen Grund vielmehr gar nicht in den Veränderungen der Produktionsweise, sondern in der Veränderung der Bedarfsgestaltung.

Vor allem hat eine große örtliche Zusammenziehung des Bedarfs stattgefunden, der nun durch das Handwerk allein nicht mehr Befriedigung finden kann. Man denke nur an unsere Großstädte oder stelle sich einmal vor, daß die Armeeverwaltung die für das Heer nöthigen Stiefel bei lauter Kleinmeistern bestellen und nach Art des alten Handwerksbetriebes womöglich dem einzelnen Soldaten anmessen lassen wollte. Und nun gar die nothwendigen Gewehre und Kanonen! Welcher ehrsame Handwerksmeister sollte denn deren Lieferung wohl übernehmen?

Das führt uns zu dem wichtigen zweiten Grunde, der ein Zurückdrängen des Handwerks bewirkt hat: die moderne Entwicklung stellt vielfach so hohe Anforderungen, daß der Handwerksmeister der guten alten Zeit ihr auch bei der größten Tüchtigkeit weder alleine noch im Vereine mit seinen Standesgenossen genügen könnte. Man denke nur etwa an den Bau einer Lokomotive, eines modernen Eisenbahnwagens, einer Eisenbahnbrücke, einer Bahnhofshalle u. s. w. Professor Bücher in Leipzig giebt in seinem bekannten Buche „Die Entstehung der Volkswirtschaft“ einen interessanten Beweis dafür, wie selbst größere gewerbliche Unternehmer sich scheuen, an ähnliche große Aufgaben heranzugehen.

„Als 1896“, so berichtet er, „die Haupthalle der sächsisch-thüringischen Industrie-Ausstellung in Leipzig vergeben werden sollte, wurde der Bau zuerst den Zimmermeistern der Stadt angetragen, d. h. Unternehmern, welche schon mit sehr erheblichem Kapital arbeiten und an größere Aufträge gewöhnt sind. Aber alle trugen Bedenken wegen der Kürze der Baufrist und der Höhe des Risikos. Darauf wurde mit einer großen Baufirma in Frankfurt am Main unterhandelt. In wenigen Stunden war der Vertrag abgeschlossen; noch an demselben Abend spielte der Telegraph nach allen Richtungen; acht Tage später arbeiteten auf dem Bauplatz bereits die Dampfkränen, und ganze Eisenbahnzüge mit dem nöthigen Holzwerk trafen aus Galizien ein.“

Daneben geht ein Zug der Uniformierung durch unsere Zeit, gewisse Gebrauchsgegenstände sind durchaus Allgemeyngut geworden und müssen eben aus diesem Grunde billig hergestellt werden, so billig, wie es der einzelne Handwerksmeister nicht vermag. Endlich kommt dazu, daß man nicht immer Zeit und Lust hat, auf die gemächliche Anfertigung eines Gegenstandes zu warten, den man gerade gebraucht. Und wenn der bestellte Gegenstand zwar technisch tadellos aber doch anders ausfällt, als man sich die Sache gedacht hat? Man will heutzutage den Gegenstand fertig vor sich sehen, ehe man sich für seinen Ankauf entscheidet, und dazu bietet sich in den größeren Verkaufsmagazinen reichlich Gelegenheit, die

außerdem die gefauste Waare, eben, weil sie nicht infolge eines speziellen Auftrages angefertigt worden ist, hinterher anstandslos umtauschen, wenn sie dem Käufer bei näherem Zusehen nicht gefallen sollte.

Mit dem Einkaufen im Magazin hört aber der direkte Verkehr des Produzenten mit dem Konsumenten auf, der das charakteristische Merkmal des Handwerks war, das ja lediglich Kundenarbeit umfaßte. Das Gewerbe nimmt kapitalistischen Charakter an und will nunmehr kaufmännisch behandelt sein, und je nachdem der Groß- oder Kleinbetrieb größere Vortheile bietet, wird das frühere Handwerk zur Fabrikarbeit oder Hausindustrie.

In welcher Weise dieser Prozeß vor sich geht, darauf kommen wir vielleicht gelegentlich zu sprechen. Daß manchen Gewerben durch ihn eine vollständige Vernichtung droht, ist zugegeben; aber derartige Erscheinungen hat es immer gegeben und sie treten zudem nicht so plötzlich ein, daß nicht den davon Betroffenen in der Uebergangszeit Gelegenheit geboten würde, sich einigermaßen auf den neuen Stand der Dinge vorzubereiten. In den Städten sind sodann zahlreiche Handwerker in der Lage, durch die Verbindung der Werkstatt mit einem kleinen Laden sich auch heute noch eine gesicherte Existenz zu schaffen.

Die Zukunft des kleinen Handwerksmeisters, d. h. desjenigen Typus, der etwa dem Handwerker der viel berufenen guten alten Zeit entsprechen dürfte, liegt aber auf dem Lande. In der That befinden sich in Deutschland gegenwärtig denn auch bereits etwa 52 pCt. aller Handwerksmeister auf dem Lande, wo ihr Gewerbe im Verein mit dem Betriebe der Landwirtschaft ihnen eine zwar bescheidene, aber doch immerhin auskömmliche Existenz sichert.

Auf dem Lande leben nach ziemlich genauen Schätzungen jetzt etwa 675 000 Handwerksmeister mit mehr als einer halben Million Gesellen und Lehrlingen, zusammen ungefähr 1 1/2 Million Erwerbshäufige. Mit Hinzurechnung der Angehörigen der Meister ernährt das Handwerk auf dem Lande also gegenwärtig mehr als 3 Millionen Menschen. Den größten Theil dieses Gebietes aber hat das Handwerk erst im 19. Jahrhundert erobert. Man muß diese ländlichen Handwerker aber mit dem Maßstabe des alten Handwerks messen, wenn man der Gegenwart gerecht werden will. „Denn darin“, so urtheilt Professor Bücher, „liegt der Hauptgrund der Klagen und Beschwerden, welche fast seit dem Beginn der neueren Entwicklung die Reste des städtischen Handwerkerstandes erheben, daß man eine falsche Vorstellung hat von dem Maße des Wohlbestehens, welches das gewerbliche Betriebssystem des Handwerks seinen Vertretern überhaupt gewähren kann.“

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Sitzungs-Berichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Albensleben. Am 29. September fand hier eine Steinarbeiter-Versammlung statt. Der Vertrauensmann Kollege B. Müller legte sein Amt nieder, da er Polier geworden ist. Er war Gründer und Vertrauensmann solange die Organisation hier in Albensleben besteht. An seiner Stelle wurde Kollege Fritz Zabel gewählt, als zweiter

Vertrauensmann Kollege F. Lücke; als Revisionen: Herrn. Duhn, Wilhelm Witte I und Gustav Pasemann; als Statistiker C. Witte; als Kontrolleur der Platzvertreter H. Schmidt. Die Marken-Ausgabe findet jeden Dienstag, Abends von 7-9 Uhr statt, wovon die Platzvertreter Notiz nehmen mögen.

Dresden. Am 26. September tagte hier eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung. Ueber die Statistik von 1900-1901 erstattete Kollege Leinert ausführlich Bericht. Seinen Ausführungen war im wesentlichen zu entnehmen, daß, obgleich im Vorjahre bereits ein erheblicher Rückgang des Durchschnittsverdienstes zu verzeichnen war, derselbe in diesem Jahre wiederum um 200 Mk. gefallen ist. Ein weiteres Zeichen des wirtschaftlichen Niederganges ist die große Arbeitslosigkeit, die manche Kollegen bis zu 240 Tagen betraf. Des weiteren beweisen die hohen Zahlen der Krankheits- und Sterbefälle auch in diesem Jahre auf das deutlichste, wie gefährlich der Steinmehberuf ist; obgleich das Durchschnittsalter von 34 auf 36 Jahre gestiegen ist, so ändert das an der Thatsache nichts, da in diesem Jahre einige ältere Kollegen gestorben sind, die früher lange anderen Berufen angehört haben. — Wie alljährlich, wird auch in diesem Jahre die Statistik veröffentlicht werden. Als Entschädigung wurden dem Statistiker für seine gewissenhafte Ausarbeitung auf Antrag 100 Mk., ausschließlich der ihm entkauften Auslagen, bewilligt. — Im Gewerblichkeitsratte Kollege Berger Bericht über die vom 1. Oktober 1900 bis 30. Sept. 1901 hier zugezogenen Fremden, und wird ihm, da sich die Zahl derselben in diesem Jahre infolge der allorts herrschenden Arbeitslosigkeit um 388 Mann erhöht hat, eine Erhöhung der bisherigen Entschädigung gewährt. Die Neuwahl des Allgeordneten wird dem Werkplatz Flügel überwiesen. — Eine lange und erregte Debatte entspann sich über eine Firnaer Angelegenheit, betreffs Nützung von 2000 Mark zum Bau eines dortigen Gewerkschaftshauses. Einzelne Redner erklärten, daß es ja doch nur die erste Rate sei, welche man hier fordert, hat man erst einmal bewilligt, muß man dann auch, um ersteres nicht zu verlieren, weitere Raten bewilligen. Allgemein war man der Ansicht, daß man sich in dieser Sache an die Geschäftsleitung wenden soll. Hierauf wird die ganze Angelegenheit Firna mit großer Majorität abgelehnt. — Laut Beschlusses, der am 15. v. M. in Mägeln stattgefundenen Versammlung ist eine Kommission von vier Mann zu wählen, betreffs der 16 Zentimeter-Plächen. Hierzu werden die Kollegen Fettsch, Häbrich, Fint und Leinert gewählt. — Im weiteren wird beschlossen, ein Herbst-Vergnügen zu veranstalten und wird das weitere den Vertrauensleuten überwiesen. — Kollege Seidel berichtet über die Glasarbeiter und wird wegen der allgemeinen schlechten Verhältnisse derselben noch eine Rate von 50 Mk. bewilligt. Da die nächste Versammlung sich mit der Neuwahl der Vertrauensleute beschäftigt, appelliert der Vorsitzende an die Versammlung, sich bis dahin mit geeigneten Vorschlägen zu versehen.

Hilbeshelm. Am 3. Oktober tagte die übliche Monatsversammlung, in welcher die Abrechnung vorgelegt und für richtig befunden wurde. Dem Vertrauensmann wurde Entlastung erteilt. — Betreffs „Eingefandte“ des Kollegen Wessell entspann sich eine lebhafte Debatte. Er warnt die Fremden vor Zugang nach hier, trotzdem hierzu keine Veranlassung ist. Wenn dies der Fall wäre, würde der Vertrauensmann dasselbe berichten. Die größte Schuld trifft den Kollegen Wessell selbst. Er hätte den Meister doch namhaft machen sollen, so weiß Niemand, wo es sein soll. — Ferner wurde das Verhalten eines Kollegen gerügt, dessen Buch nicht in dem Zustande ist, wie es sein sollte. Es können sich das auch andere Kollegen zu Herzen nehmen. — Schließlich wird beschlossen, in nächster Zeit ein Vergnügen abzuhalten.

Rappeltrod. Am 29. September fand hier eine gut besuchte Steinarbeiter-Versammlung statt, in welcher sich die Kollegen über Zweck und Nutzen der Organisation, sowie über die Berufskrankheit eingehend aussprachen und gegenseitig aufklärten. — Alsdann wurde der Kasfenbericht bekannt gegeben und für richtig befunden, eine Neuwahl vorgenommen und vier Kollegen in die Reihen der Organisation aufgenommen.

Leipzig. Eine am 30. September abgehaltene Versammlung der Steinmehnen nahm Stellung zu der Arbeitslosigkeit am Ort. Mehrere Kollegen sind gezwungen abzureisen, um ihre Familie ernähren zu können, trotzdem hier ein Rathhaus gebaut wird, an dem allerdings die hiesigen Steinmehnen sehr wenig zu machen haben, sie dürfen sich aber freuen, daß so ein theurer Bau aufgeführt wird, während sie ohne Arbeit herumlaufen. Als die Leipziger Steinmehnen seinerzeit an den Rath eine Petition betreffs der Rathhausarbeit liehen, wurde ihnen fekt versprochen, daß die Unternehmer verpflichtet werden sollten, daß, wenn die oberen Geschosse auch aus Kalkstein hergestellt würden, sie die größere Hälfte der Arbeiten hierorts machen lassen müssen. Man hat sogar hohe Konventionalstrafen für zuwiderhandelnde Unternehmer festgelegt; ferner war eine strenge Kontrolle seitens des Rathes vorgesehen, daß auch den zugelagten entsprochen wird. Wie weit aber die Arbeit hierorts gemacht wird, lehrte uns die Versammlung. Im Durchschnitt waren 36 Mann am Rathhaus und mit Rathhausarbeit beschäftigt; von einem Unternehmer wurden sogar im Früh-Sommer, während hiesige Kollegen auf Arbeit warten mußten, zugereifte Italiener eingestellt und im Kalkstein beschäftigt; wenn auch nicht lange, so war es doch immer unrecht. Ausgezahlt wurden bis jetzt an Arbeitslöhnen rund 27000 Mk. Es sprachen verschiedene Kollegen über das den Steinmehnen zugefügte Unrecht, trotzdem sie in erster Linie ein Anrecht auf die ganze Arbeit hatten. Ferner über die wie es scheint, veräümlte Kontrolle des Rathes den Unternehmern gegenüber. Als sich einige Redner etwas zu sehr mit der Wahrheit ausdrückten, (für die Auffassung des Ueberwachenden vielleicht) wurde ihnen das Wort entzogen. Es wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, welche die nötigen Schritte thun soll, um so möglich die noch zu machende Arbeit für die hiesigen Kollegen zu erhalten. Willfährig man uns nicht, so haben wir es klipp und klar vor Augen, daß man den Arbeitern wenig Entgegenkommen zeigt, um ihren Pflichten dem Staate und der Stadt gegenüber nachkommen zu können. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die Steinmehnen Leipzigs sind sich, betreffs des Rathhausneubaus nicht mit den Versprechungen des Rathes einverstanden erklären, daß die Hälfte der Arbeit hier am Ort gemacht werde, weil sie Grund eigener Ergebnisse das Resultat erreicht haben, daß z. B. die Arbeit, die bis jetzt hier gemacht worden ist, noch lange nicht annähernd beinahe reicht,

daß man sagen könnte, es kann die Hälfte herauskommen, soweit der Bau jetzt gediehen ist. Die Steinmehnen ersuchen darum den hohen Rath, uns doch mitzutheilen, wie von Seiten des Rathes die Kontrolle vorgehen ist, darüber, daß man weiß, ob die Hälfte der Arbeit hier gemacht wird. Wir können laut unserer Ergebnisse nicht daran glauben. Ferner ersuchen die Leipziger Steinmehnen den hohen Rath, dafür Sorge zu tragen, daß man von seiten des Rathes die Unternehmer darauf hinweist, die nun kommenden Arbeiten am Rathhaus hierorts machen zu lassen, um für kommenden Winter der Arbeitslosigkeit hiesiger Kollegen vorzubeugen.“ — Für einen kranken Kollegen, der, ehe er krank wurde, einen anderen Erwerbszweig hatte, soll eine Sammelhilfe auf den Plätzen zirkulieren.

Löbau. Am 1. Oktober wurde seitens der Firma H. A. Klotz, der Lohnkommission die Mitteilung gemacht, daß er bis auf weiteres die Löhne kürzen wolle. Es wurde daraufhin am andern Tage Vnderrecht abgehalten, welches in geheimer Abstimmung beschloß, auf keinen Fall billiger zu arbeiten. Es wurden Verhandlungen angebahnt, alle möglichen Wege versucht, die Lohnreduktion rückgängig zu machen. Da Herr Klotz angab, daß er infolge der Konkurrenzverhältnisse nicht im Stande sei, auf Lager arbeiten zu lassen, für bestellte Arbeit aber den alten Tarif weiter bezahlen wolle, kündigten am Sonnabend den 5. Oktober 10 ledige Kollegen, um den Familienvätern die Arbeit zu erhalten. Nach dieser Kündigung jedoch belamen wir ein Schreiben des Herrn Klotz, welches besagt, daß er 10 pCt. vom festgesetzten Tarif nach 14 Tagen abziehen würde und gleichzeitig erhielten die Kündigung der Vertrauensmann und noch 2 Kollegen. Hiermit ist wohl bewiesen, daß es sich in diesem Fall um eine mit allen Mitteln in Szene gesetzte Lohnreduktion handelt. Es sind daraufhin am Montag nochmals Verhandlungen angebahnt worden, wobei jedoch Herr Klotz nicht von seinem Standpunkte abwich. Auf diese Auskunst verließen sämtliche Steinmehnen der Arbeitsplatz. Derselben Tages Nachmittag fand eine Versammlung statt, welche folgende Resolution einstimmig angenommen hat: „Die heutige in der Lönhalle zu Löbau stattfindende öffentliche Steinarbeiter - Versammlung erklärt, eine zehnprozentige Lohnreduktion, wie sie von Seiten der Firma H. A. Klotz in Löbau verlangt wird, energisch zurückzuweisen, da durch eine derartige Maßnahme die schwarz-schwedische Grabstein-Branche in ganz Deutschland, speziell der Ober-Lausitz, schwer geschädigt wird. Auf Entgegennahme derselben unsererseits würden sofort notwendiger Weise die anderen Firmen nachfolgen müssen. Schon aus diesem Grunde ist es die Pflicht der hiesigen organisierten Steinarbeiter der Firma H. A. Klotz, daß dieselben die Arbeit so lange ruhen lassen, bis die Firma erklärt, den alten Tarif voll und ganz weiter zu bezahlen.“ — Daraufhin fand noch eine weitere Aussprache statt, in welcher betont wurde, daß die Verhältnisse noch lange nicht die glänzendsten sind hier in Löbau, indem die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten sehr hohe und fortwährend im Steigen begriffen sind. Wir hoffen und haben das feste Vertrauen, daß die Kollegen der Steinindustrie sowie alle organisierten Arbeiter Deutschlands mit uns sympathisieren sowie uns mit allen Mitteln zur siegreichen Beendigung des schweren Kampfes unterstützen werden.

Magdeburg. Am 24. September tagte hier eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung von Magdeburg und Umgegend, welche trotz der wichtigen Tagesordnung sehr schwach besucht war. Der Delegierte erstattete den Kasfenbericht vom Gewerkschafts-Kartell 1. und 2. Quartal. — Es folgte der Bericht des Delegierten zum Kartell als Gewerbegerichtsbeisitzer. Ferner der Antrag, auch ein Arbeitersekretariat zu schaffen. Der Delegierte erörtere nach längerer Debatte, welchen Nutzen das Arbeitersekretariat bringen würde. Die Gewerkschaften Magdeburgs seien sämtlich daran beteiligt, außer die Steinarbeiter. Der Antrag wurde bis auf weiteres vertagt.

Nebra. Am 24. September fand hier eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. Da es betreffs der Gliederzahl öfter zu Streitigkeiten kommt, wurde beschlossen einen Stützpunkt auszuarbeiten und eine dreigliedrige Kommission damit beauftragt. Weiter wurde beschlossen, von dem auf zwei Jahre feststehenden Tarif 100 Stück drucken zu lassen. — Den säumigen Kollegen, die ihre Delegierten- und Extra-Steuern noch nicht bezahlt haben, werden vom Vertrauensmann ermahnt, dies bis zum 14. Oktober nachzuholen, da ihnen sonst alle Rechte an die Organisation verloren gingen. Die Platzfasser werden beauftragt, in dieser Beziehung energischer vorzugehen. Zum Schluß wurde von verschiedenen fremden Kollegen der Vertrauensmann gebeten, dem vielen Faszienziehen etwas entgegen zu treten, weil viele Kollegen, die hier Arbeit erhalten, kein Logis bekommen, da die Vermietter, die auch meist Arbeiter sind, schon von Vielen betrogen wurden. Nachdem noch einige Unregelmäßigkeiten zur Sprache gekommen, wurde die sehr erregte Versammlung geschlossen.

Niederfain. Am 29. September fand eine öffentliche Steinarbeiter-Versammlung statt. Als Referent war Kollege Epiweg-Frankfurt a. M. erschienen, welcher in klarer und verständlicher Weise die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Arbeiter schilderte. Er streifte ferner die hohen Lebensmittelpreise, sowie den Nutzen und Zweck der Organisation. Sämtliche Anwesenden waren mit seinen Ausführungen einverstanden. Alsdann wurde beschlossen am Sonntag, den 13. Oktober ein Herbstfest in Wölferlingen abzuhalten.

Nochitz. Am 15. September tagte hier die öffentliche Steinarbeiter-Versammlung, welche von ca. 23 Mann besucht war. Kollege Unger sprach über das Resultat der diesjährigen Statistik, die gegen das Vorjahr um 100 Mk. zurückgegangen ist. Es wird allseitig gewünscht, daß die Lohnkarten besser ausgefüllt werden. Der Antrag, daß jeder, der seinen Beruf ändert oder in Brichen andere Arbeit verrichtet, seinen Beitrag bezahlen muß, wird gegen 4 Stimmen angenommen. Betreffs Tarifangelegenheiten beschließt man, eine Extra-Versammlung einzuberufen, um über diesen wichtigen Punkt zu beraten.

Striegau. Am 20. September fand hier eine Steinarbeiter-Versammlung statt. In der letzten Platzvertreter-Sitzung wurde den Platzfasser der Auftrag gegeben, über die Unterstützung mit den Kollegen zu verhandeln und in der Versammlung das Resultat bekannt geben. Leider war dies nur in einem Betriebe geschehen. Folgender Vorschlag wurde gemacht: Die Kollegen, welche noch nicht in Arbeit stehen, mit 9 Mk., jedes Kind mit 50 Pfg.; die Kinder der Kollegen, die Auswärts arbeiten, jedes Kind

mit 75 Pfg. zu unterstützen. Dies rief eine lebhafte Debatte hervor, wurde aber schließlich angenommen. Der Vorwurf einiger, es gäbe schon Arbeit, sie möchten nur suchen, wurde von den Kollegen widerlegt. Daß dies zutrifft, beweist der Fall, daß ein Kollege Arbeit hatte, ihm wurde aber vom Werkmeister wieder gekündigt, da derselbe einen Brief erhielt, daß er den Arbeiter sofort entlassen müßte, es thäte ihm leid, aber er sei dazu gezwungen. — Alsdann erstattete Kollege Baudach Bericht über den Fall Winkler. In dieser Sache habe das Kartell 3 Sitzungen in Anspruch genommen. In zwei Sitzungen waren beide Parteien anwesend, das Kartell kam aber zu keinem Entschluß und verwies die Sache an die Organisation. In der letzten Sitzung kam es zu der gefassten Resolution. Kollege Winkler führte die Gründe an, welche ihn veranlaßten an das Gewerkschaftskartell zu gehen. Von Kollegen, die im Bruche arbeiteten wurde dies anders geschildert, wie vom Kollegen Winkler, was er natürlich als eine Lüge bezeichnete. Die Kollegen stimmten trotzdem gegen die vom Kartell gefasste Resolution. Es wäre doch besser gewesen, wenn die Resolution von seiten des Kartell unterblieben wäre, denn diese kann uns nur mehr schaden als nützen einem derartigen Kampfe, wo die persönlichen Reibereien die Hauptschuld tragen, daß er zu Ungunsten ausfiel, müßte es doch unsere erste Aufgabe sein: Einigkeit unter die Kollegen zu bringen, und nicht, daß uns eine derartige Resolution überwiesen wird, die von neuem Uneinigkeit sät. Es meldete sich der Schriftführer und der Vorsitzende des Kartells zum Wort. Sie schilderten die Gründe, welche das Kartell bezogen, die Resolution zu fassen. Hiermit erreichten sie aber das Gegentheil und müßten sich einige Vorwürfe gefallen lassen. — Die Gewährung einer Kranken-Unterstützung für einen Kollegen wurde abgelehnt, da der Betreffende, nachdem er 8 Wochen Streit-Unterstützung bezogen, zum Arbeitswilligen wurde, auf seine rückständigen Marken nicht beglichen hatte. — In Verschiedenem wurden wieder Vorwürfe gegen Kollegen laut, die aber ausgeglichen wurden. Auch wurde gerügt, daß unser Versammlungslokal so schlecht besucht wird, es sei doch jedes organisierte Arbeiters Aufgabe, dort zu verkehren, wo wir jeder Zeit unsere traurige Lage besprechen können. — Mit dem Wahnspruch: „Laßt Haß, laßt Neid, siegen thut nur Einigkeit“, wurde die Versammlung geschlossen.

In eigener Sache.

Wegen öffentlicher Beleidigung des Werkmeisters Löpfer, Striegau, begangen durch unsere Fachpresse, am 17. Februar 1900, hatte sich der Redakteur O. Schmidt am 4. Oktober d. J. vor dem Schöffengericht in Rixdorf zu verantworten. Der inkriminierte Artikel lautete: „Tariffälschungen“, welche dem Werkmeister Löpfer zum Vorwurf gemacht wurden. Trotz glänzender Verteidigung durch Rechtsanwält Freine erfolgte die Verurteilung zu 200 Mk. Geldstrafe, da der Angeklagte als „rückfälliger Sünder“ zu betrachten sei.

Achtung Vertrauensleute!

Aus Anlaß der Einforderung von Reiseunterstützungsquittungen bis 30. September d. J., welche in Nr. 39 des „Steinarbeiter“ bekannt gegeben, möchte ich die nachgenannten Orte zu wiederholten Malen bitten, um die Auszahlung der Reisequittungen zu ermöglichen, die Ausweise zu den eingefandten Quittungen einzufenden: Blankenburg, Greiz, Gießen, Gäßlich b. Birschheim, Jena, Ikehoe, Joachimsthal, Kronach, Schwarzenberg i. Sachs., Tschirnitz, Cöln. Dann liegen noch einige Quittungen hier mit geringfügigen Beträgen von 0,50 bis 1,50 Mk., theilweise auch ohne Ausweise. Bitte, daß die Ausweise dazu und die Reisequittungen bis 30. September baldigt eingefandt werden, damit eine Regelung der Sache stattfinden kann. Es sind dies Bensheim, Bruckmühl, Dorfprozelten, Egg, Hafferode (1 ohne Ausweis), Kehlheim, Mez (1 ohne Ausweis), Neuforg, Strahburg, Weinsberg.

Es mögen in Zukunft die Vertrauensleute vorsichtiger bei der Ausstellung von grünen Abreise-scheinen sein, da vielfach Klagen anderer Vertrauensleute über unrechtmäßige Ausstellung derselben und nachheriger Verweigerung der Reiseunterstützung hier eingingen. Wenn ein derartiger Schein ausgestellt wird, muß man sich vergewissern, ob das Buch oder die Legitimation, wie auf dem Schein steht, in Ordnung ist und im andern Falle konsequent die Ausstellung des Scheins verweigern, aber nicht leichtfertiger Weise, oder weil der Abreisende gut reden kann, diesen zu verabsolgen. Andere, gewissenhafte Vertrauensleute haben dann bei Verweigerung der unrechtmäßigen Unterstützung die größten Unannehmlichkeiten. Es werden in Zukunft derartige Fälle bekannt gegeben und die vorher unrechtmäßigen Auszahlungen nicht beglichen.

Ohne grünen Ausweis ist keinem in Deutschland beschäftigt gewesenem Steinarbeiter, (ebenso ohne Ausweis keinem österreichischen Steinarbeiter, da diese dasselbe System haben wie wir), Reiseunterstützung zu gewähren und auch kein weißer Ausweis mitzugeben.

Dann ist ein weiterer Uebelstand abzustellen. Es ist keinem abreisenden Steinarbeiter das Organisationsbuch einzubehalten: 1) wegen Privatschulden. So bedauerlich es ist, wenn derartige Fälle vor-

kommen (es soll die Organisation erzieherisch wirken) aber wenn der Betreffende seiner Pflicht der Organisation gegenüber nachgekommen, hat man ihm auch seine Rechte nicht vorzuenthalten. Uebrigens ist das Buch das Eigentum des Betreffenden; 2) ist das Buch auch nicht einzubehalten, wenn derselbe seinen Pflichten der Organisation gegenüber nicht nachgekommen. Denn auf das Buch soll niemand Unterstutzung erhalten, nur auf die Reiseausweise. Die Bedenken, daß Einzelnen Rechte gewährt werden, ohne ihren Pflichten nachgekommen zu sein, fallen dadurch weg.

Es ist doch nicht schwer, diese einfachen Bedingungen zu befolgen. Es kann dann auch nicht vorkommen, daß 20-30 Reisequittungen eingesandt werden ohne Ausweise. Es sei hier nochmals bemerkt, daß ohne Ausweise keine Reisequittung beglichen wird.

C. Hirtmann.

Der sozialdemokratische Parteitag,

welcher in der letzten September-Woche in Lübeck abgehalten wurde, hat seine Arbeiten nach sechstägiger Verhandlung beendet.

Anwesend waren über 200 Vertreter aus allen Theilen Deutschlands. Außerdem waren erschienen Vertreter von Oesterreich, Frankreich, Holland und Schweden, sowie der größere Theil der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Mitglieder des Parteivorstandes und die Kontrolleure der Partei.

Außer den Punkten, die alle bisherigen Parteitage auf ihrer Tages-Ordnung hatten, ist der einzig neu hinzugefügte: die Wohnungsfrage. Im Vordergrund der Verhandlungen standen die Hamburger Streitfrage, welche erst in letzter Zeit die Gemüther erregte, und die Bernsteinfrage, mit der sich der Parteitag wiederholt beschäftigt.

Zu der Hamburger Streitfrage war Genosse Bömelburg das Referat, und dem Schiedsrichter Auer das Korreferat übertragen.

Es lagen zu der Sache 15 Anträge und Resolutionen vor, deren Erledigung folgenden Verlauf nahm:

Abgelehnt gegen wenige Stimmen wurde zunächst folgende Resolution.

Die Mitglieder-Versammlung des Distrikts Eilbed (3. Hamburger Wahlkreis) richtet an den Parteitag das Ersuchen, sich in Sachen des Ausschlusses der Afford-Maurer nicht auf den Standpunkt des Schiedsgerichts und der Kontroll-Kommission zu stellen. Die Handlungsweise der Afford-Maurer wird von der großen Mehrheit der Hamburger Parteigenossen als eine ehrlose betrachtet und der Parteitag deshalb ersucht, im Interesse der gedeihlichen Weiterentwicklung der Partei-Organisation in Hamburg den in mehreren Versammlungen angenommenen Ausschlußantrag zu bestätigen.

Die Delinquenten Käppler, Regien und Genossen beantragten:

Der Parteitag erklärt: Der in Sachen der Hamburger Angelegenheit gefällte Schiedspruch wird aufgehoben und die Sache zu erneuter Verhandlung an die 1. Instanz, die Hamburger Parteivereine, zurückverwiesen.

Zu diesem Antrage wurde folgendes zu einem Antrage von Stanning gestelltes Amendement auf Vorschlag Hoch-Hanau hinzugezogen:

Dem Antrag Käppler hinzuzufügen: Der Parteitag spricht die Ueberzeugung aus, daß die schiedsrichterlichen Instanzen bei ihrem Votum sich von der ehrlichen Absicht haben leiten lassen, Recht zu finden und Recht zu sprechen. Es wird rüchlich der Neuheit des Falles anerkannt, daß diesen Instanzen aus ihrem Votum ein Vorwurf nicht zu machen ist.

Dieses Amendement wurde mit großer Mehrheit angenommen, jedoch der Antrag Käppler in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Entscheidung fiel sodann bei folgender Resolution Fischer-Berlin:

Der Parteitag als Vertreter der in der Sozialdemokratie organisierten klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft stimmt mit den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften, als den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse, überein in der rüchlichen Beurtheilung des Streikbruchs.

Der Parteitag erkennt auch an, daß die Gewerkschaften im Interesse ihrer Selbsterhaltung und der Erfüllung ihrer Aufgaben den Streikbruch mit aller Energie bekämpfen und ahnden müssen, daß aber die Führung dieses Kampfes und die Wahl der Kampfmittel in erster Linie den Gewerkschaften überlassen bleiben muß.

Dagegen lehnt der Parteitag es ab, in jedem Streitfall zu den Beschlüssen der Gewerkschaften über ihre Organisation und taktik Stellung zu nehmen oder von solchen Beschlüssen oder dem Verhalten der gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen dazu die Zugehörigkeit zur Gesamtpartei abhängig zu machen.

Der Parteitag erklärt, daß das Schiedsgericht nach dem Wortlaut des Parteistatuts und dem ihm vorgelegten Thatachenmaterial zu keinem anderen Beschluß als dem gefällten Urtheil gelangen konnte.

Der Parteitag muß es den örtlichen Partei-Organisationen überlassen, zu entscheiden, mit welchen Mitteln sie den Zentral-Vorstand der Maurer in seinem Vorgehen gegen die Hamburger Afford-Maurer unterstützen können; und namentlich inwiefern sie ein Zusammenarbeiten mit ihnen in ihren Partei-Organisationen für möglich halten.

Diese Resolution wurde nahezu einstimmig (gegen 3 Stimmen) angenommen, mit der Abänderung, daß an die Stelle ihres Absatzes 4 das oben mitgetheilte Amendement Stanning trat. Mit dieser Abstimmung hatten alle anderen bezüglichlichen Anträge ihre Erledigung gefunden. Auf Vorschlag des Genossen Bernstein beschloß der Parteitag mit 117 gegen 110 Stimmen noch folgende generelle Erklärung:

„Der Kampf der Arbeiterklasse auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete erfordert einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte in den betreffenden Organisationen. Er hat zur Grundbedingung die Ausübung strenger Disziplin in der Aktion, die Respektirung der Beschlüsse der Mehrheit durch die Minderheit gemäß den Grundsätzen der Demokratie.“

Wer der Partei oder seiner Berufsorganisation in einem von ihnen geführten Kampf durch Thaten entgegenwirkt oder Sonderbündelei zur Führung solcher Gegenaktion betreibt, verstößt wider das vorerwähnte Lebensprinzip der Arbeiterbewegung. Es sind daher die örtlichen Organisationen der Partei berechtigt, solche Mitglieder so lange aus ihrer Mitte auszuschließen, als sie in diesem Verhalten beharren.“

Damit war die „Affordmaurer-Angelegenheit“ erledigt.

Die Bernstein-Debatte endete mit der Annahme folgender Resolution:

Der Parteitag erkennt rüchlichlos die Nothwendigkeit der Selbstkritik für die geistige Fortentwicklung unserer Partei an. Aber die durchaus einseitige Art, wie der Genosse Bernstein diese Kritik in den letzten Jahren betrieb, unter Außerachtlassung der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft und ihren Trägern, hat ihn in eine zweideutige Position gebracht und die Zustimmung eines großen Theils der Parteigenossen erregt.

In der Erwartung, daß der Genosse Bernstein sich dieser Erkenntnis nicht verschließt und danach handelt, geht der Parteitag über die Anträge Nr. 52, 91, 92 und 93 zur Tagesordnung über.“

Daß Bernstein nicht der bürgerliche Schwärmer geworden ist, für den ihn Viele halten, sondern daß er nach wie vor an den lange verfochtenen Prinzipien der Sozialdemokratie festhält, legte er in einer Antwort auf vorstehende Resolution nieder. Er erklärte: Parteigenossen! Wie ich Ihnen schon in meiner Zuschrift an den Stuttgarter Parteitag erklärt habe, kann ein Votum des Kongresses mich selbstverständlich in meiner Ueberzeugung nicht irre machen. Es ist mir aber auch zugleich das Votum der Mehrheit meiner Genossen niemals gleichgültig. Meine Ueberzeugung ist, daß diese Resolution mir objektiv Unrecht thut, auf falschen Voraussetzungen beruht, wie ich Ihnen das ausgeführt habe. Aber nachdem Genosse Bebel erklärt hat, daß mit dieser Resolution kein Mißtrauensvotum verbunden sein soll, erkläre ich fernerhin, daß ich dem Votum der Majorität des Parteitages diejenige Achtung und Beachtung entgegenbringen werde, die einem solchen Kongress-Beschluß gebührt. (Stürmischer Beifall.)

Sodann referirte Genosse Bebel über „Zolltarif und Handelsverträge“. Mit seinem ihm eigenen Feuerifer ließ der alte Kämpfer eine Rede vom Stapel, bei der er auf die Wirkung des Zolltarifs hinwies, die in der Vertheuerung der Konsumartikel, Herabdrückung der Löhne und Verdrängung des Exportes liegt. Zur Beseitigung dieses ungeheuerlichen Attentates forderte er eine rastlose Agitation bis in die entfernteste Gütte. Ohne jegliche Debatte über diesen Punkt nahm der Parteitag folgende Resolution an:

„Der vorliegende Zolltarifentwurf übertrifft nach jeder Richtung die schlimmsten Befürchtungen, die nach seiner Vorgeschichte und den Antezedentien seiner Väter gehegt werden konnten.“

Durch diesen Tarifentwurf werden, wenn derselbe Gesetz wird, die Lebensmittel der ungeheuren Volksmehrheit aufs tödlichste verlegt, wohingegen durch denselben die Klasseninteressen des Agrarierthums und der mit diesem verbündeten Großbourgeoisie in der maßlosesten und schamloseten Weise begünstigt werden.

Der Entwurf, wenn verwirklicht, bedeutet den unerhörtesten Brod- und Lebensmittelwucher, die zunehmende Verarmung und Ausschungerung der arbeitenden Klasse und ihre Unterjochung unter den Agrar- und Industriefeudalismus; er bedingt ferner mit Nothwendigkeit die Verfeindung Deutschlands mit allen Kulturnationen und seine wirtschaftliche und politische Isolirung.

Der Entwurf ist mit einem Wort das volls- und kulturfeindliche Machwerk, das man einer zivilisierten Nation zumuthen kann; er beweist, daß seine Urheber nicht nur die größten Feinde der Arbeiterklasse, sondern auch die schlimmsten Schädiger der politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands sind.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie protestirt mit dem größten Nachdruck gegen diesen vom brutalsten Agrar- und Großunternehmerinteresse diktierten Tarifentwurf; er richtet an die gesammte deutsche Arbeiterklasse ohne Unterscheid der Partei und des Geschlechts die Aufforderung, sich immer wieder durch Resolutionen in Versammlungen und Petitionen an den Reichstag in der unzweideutigsten und schärfsten Weise gegen diesen Entwurf auszusprechen.

Insbondere sollten auch die der Arbeiterklasse angehörigen Wähler den von ihnen in den Reichstag gewählten keinen Zweifel darüber lassen, daß ein Abgeordneter, der diesem oder einem ähnlichen Zolltarifentwurf seine Zustimmung giebt, ein Verräther am arbeitenden Volke und unwürdig ist, sein Vertreter zu sein.“

Reise-Unterstützung.

Sinzu kommen: Keine.

Zu streichen sind: Keine.

Adressen-Änderungen.

Mühlhausen i. Th. Georg Rosenthal, Auguststr. 34, III. Hamburg N. Hermann Siebold, Ahlenhorst Herderstraße 24, II, Stb.

Weitere Adressen von Herbergen bezw. Verkehrslokale.

Keine.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Das Organisationsbuch des Steinmehrs Emil Deube, geb. den 11. Januar 1874 zu Leipzig, befindet sich hier, derselbe hat noch Verpflichtungen.

Ferner ersuche ich die Vertrauensleute um die Adresse des Steinmehrs Paul Scholz, geb. 1874 zu Berlin.

Zureisende fremde Steinarbeiter, welche nach Dresden kommen, erhalten den Fremdenführer sowie Ausweis zur Erhebung des Fremdenbesenks vom 1. Oktober 1901 ab auf dem Werkplatz Flügel, Blumenstraße, beim Kollegen Leonhardt. Zeit der Ausgabe von Morgens 7 bis Abends 6 Uhr.

R. Fetisch, Vertrauensmann, Dresden.

Das Organisationsbuch des Steinmehrs August Bock, geb. den 27. April 1875 zu Kl.-Schnee, Kreis Göttingen, ist verloren gegangen. Organisir ist derselbe seit 1894. Es werden die Vertrauensleute ersucht, wenn Jemand mit dem Buche auftauchen sollte, dem Betreffenden dasselbe abzunehmen.

H. Bock, Kassirer, Cassel.

Das Organisations-Buch des Steinmehrs Wilhelm Vogel aus Erfurt, ausgestellt zu Frankfurt a. M. 1899, ist abhanden gekommen. Die Kollegen, sowie Vertrauensleute werden ersucht, selbiges anzuhalten und an den Vertrauensmann von Alt-Warthau zu senden.

Wilhelm Diegandt.

Bitte die Vertrauensleute folgenden Kollegen kein neues Buch auszustellen, da selbige hier in Hildesheim noch liegen: Johannes Lohman aus Rotterdam (Holland); Peter Schaub, Trübenhausen; Heinrich Hochener, Rymegen (Holland); Albert Schermer, Salzwedel.

Soppe, Vertrauensmann, Hildesheim.

Diejenigen Kollegen, welche noch Pflichten der Zahlstelle Fußdorf gegenüber haben, werden aufgefordert, dies binnen 14 Tagen zu erledigen, da ich mit der Geschäftsleitung abrechnen muß.

C. Walta, Vertrauensmann, Fußdorf i. Schles.

Der Steinmehrs Wilhelm Garbe aus Ebershausen, geb. 22. Juli 1872, hat es verstanden, unsere Organisation als Vertrauensmann zu schädigen. Wir fordern denselben auf, seinen Pflichten als Vertrauensmann der Zahlstelle Halberstadt bis zum 20. Oktober d. Js. nachzukommen, anderenfalls wir gerichtlich einschreiten werden. Gleichzeitig machen wir alle Vertrauensmänner auf denselben aufmerksam.

Die Steinarbeiter von Halberstadt.

Ueber die Maisfeier wurde ebenfalls die Meinung der Partei in Form folgender Resolution zum Ausdruck gebracht:

„In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse zu Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896 und Paris 1900, feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Wehifest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats, der Verbrüderung und dem Weltfrieden. Als die würdigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit zur Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Alsdann folgte die Erörterung über die Wohnungsfrage und hatte dieser Punkt in seinem Referenten Dr. Südecum einen würdigen Vertreter gefunden, der seine Ansichten in einer Resolution mit einem Amendement des Genossen Stolten niederlegte und welches ebenfalls angenommen wurde. Als Mittel zur Beseitigung der Wohnungsnoth wird gefordert:

„1. Von den Gemeinden:

- a) Erwerbung, Erhaltung und Vermehrung von Grundbesitz;
- b) Erbauung von Wohnhäusern, insbesondere für die Arbeiterklasse; Abgabe von Wohnungen zum Selbstkostenpreise, Sicherstellung der Mieter gegen jedes Abhängigkeitsverhältnis von der Gemeinde;
- c) Errichtung von kommunalen Wohnungsämtern für regelmäßige Wohnungsinspektion, Wohnungskontroll und Vermittelung der Wohnungsvermittlung;

- d) Verbesserung der Bauordnungen und rechtzeitige Ausdehnung derselben auf die noch ungebauten Grundstücke;
 e) Reform des kommunalen Steuerwesens;
 f) Uebernahme und Ausbau der Verkehrsmittel in eigener Regie.

2. Von den Einzelstaaten:

- a) Ersatz der bestehenden Kommunal-Wahlrechte durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, ausgedehnt auf alle mündigen Personen ohne Unterschied des Geschlechts;
 b) Völlige Selbstverwaltung der Gemeinden;
 c) Erweiterung des Enteignungsrechts der Gemeinden und Umgestaltung des Enteignungsverfahrens zu ihren Gunsten (vergl. 3a);
 d) Reform der Eisenbahntarifpolitik.

3. Vom Reich:

- a) Erlass eines Reichswohnungsgesetzes (enthaltend u. A. Normativbestimmungen für Bauordnungen, Wohnungsinspektion, Kreditwesen, Enteignungsrecht);
 b) Errichtung eines Reichswohnungsamts (Ueberwachung und Erforschung des gesamten Wohnungswesens, Zentralbehörde für Wohnungsinspektion und Wohnungsstatistik);
 c) Reform des Mietrechts, des Mietprozesses, der Zwangsvollstreckung.

Die Tätigkeit der Baugenossenschaften wird als eine begrenzte betrachtet, durch welche die Wohnungsfrage nicht gelöst werden kann. Ebenfalls wird die Gewährung öffentlicher Mittel zum Hausbau im Unternehmerninteresse bekämpft und die Herstellung von sogenannten Arbeiterwohnungen durch Arbeitgeber für ihre Arbeiter verworfen, da diese dadurch in eines der schlimmsten Abhängigkeitsverhältnisse gerathen und ihre politische und soziale Selbstständigkeit einbüßen.

Damit waren die hauptsächlichsten Punkte der Debatte erledigt. Als Ort des nächsten Parteitagess wurde München bestimmt. Nachdem Genosse Singer ein kurzes Resümee von den Verhandlungen gegeben und voller Zuversicht eine günstige Nachwirkung derselben innerhalb der Partei erwartet, schloß derselbe mit dem Sturmruf: „Hoch die deutsche Sozialdemokratie!“ den zwölften Parteitag, in den die Delegirten begeistert einstimmten, worauf sie den ersten Vers der Arbeiter-Marseillaise stehend sangen.

Rundschau.

Internationale Streikstatistik. Die Ausstandsbewegung hat während des Augusts kaum eine Veränderung in ihrer Intensität gegenüber dem Vormonat in den Ländern erfahren, für die statistische Aufzeichnungen vorliegen. Nach der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“ betrug in Deutschland, Belgien, Frankreich und England die Zahl der Streiks 97, genau soviel wie im Juli. An den Streiks in Belgien, Frankreich und England theiligten sich 15 950 Arbeiter gegen 15 637 im Juli. — In Italien streikten an verschiedenen Plätzen, so in Rom und Neapel die Angestellten der Straßenbahnen. Im Ausstand befinden sich auch die Flaschenarbeiter einer der größten Glasgießereien in Sarzana (Ligurien). Die Arbeiter wollen einen Tarif für die in diesem Zweige der Glasindustrie zum ersten Mal eingeführte Maschine durchsetzen. — In den Vereinigten Staaten ist die Ausstandsbewegung stark zurückgegangen. Der Ausstand der Schneider wurde erfolgreich beendet; die Arbeitgeber sind gezwungen, nur Mitglieder der Schneider-Organisation zu beschäftigen. Der Ausstand der Stahlarbeiter endete dagegen am 14. September mit einer Niederlage der Streikenden.

Das erste bayerische Technikum, das in Aschaffenburg am 5. November d. J. neu eröffnet wird, besteht aus einer Maschinenbauschule, einer Elektrotechnikerschule, einer Baugewerkschule und einer Tiefbauschule. Das Technikum hat Winter- und Sommerunterricht. Die Maschinen- und Elektrotechnikerschule umfaßt je fünf, die Baugewerk- und Tiefbauschule je vier aufeinanderfolgende Semester.

Aufnahmebedingungen sind: Der erfolgreiche Besuch einer Volksschule, Zurücklegung des 16. Lebensjahres und praktische Vorbildung in einem Gewerbe; auch können Real- und Lateinschüler Aufnahme finden, wenn sie während der Studienzeit zwei Sommer in Pragis gehen.

Anmeldungen sind schriftlich an den Direktor H. Kempf des Technikums Aschaffenburg zu machen, der alle weitere Auskunft sofort erteilt und Prospekte auf Verlangen zusendet.

Zur Beachtung!

Die in Nr. 40 des „Steinarbeiter“ vom Kassierer veröffentlichte Abrechnung für das III. Quartal d. J. ist geprüft und hat zu Ausstellungen keine Veranlassung gegeben.

Die Revisoren.

J. A.: Gerstenberger.

Quittung

über die vom 1. bis 5. Oktober 1901 beim Unterzeichneten eingelaufenen Gelder.

Häslcht b. Striegau, Beitrag 98,27, Extrakt 228,—, Abonn. III. 48,—, Injerat 1,60; Berlin I, Beitrag 228,25, Extrakt 167,—, Delegirtenst. 19,—, Injerat 8,80, Abonn. III. 1,80 (Walther); Düsseldorf, Beitrag 200,—; Pirna, Extrakt 77,50, Abonn. III. 120,—; Striegau, Abonn. III. 131,—, Injerat 1,60, Streikunterst. zurück 25,—; Bunzlau, Abonn. III. 77,60, Injerat 1,30; Weinsberg, Beitrag 50,—, Extrakt 10,50, Abonn. III. 12,20; Rördlingen, Beitrag 25,—, Extrakt 8,—, Delegirtenst. 2,50, Abonn. III. 3,—; Gotha, Extrakt 19,—; Schneeberg, Extrakt 8,—, Abonn. III. 12,60 (?), Injerat 1,50; Selb, Extrakt 9,—, Abonn. III. 6,—; Berned, III. 13,20; Geilsbach, Extrakt 11,50; Wandersleben, III. 10,—, Injerat 0,70; Lahr, III. 9,80; Osnabrück, III. 7,—; Kappelrodeck, III. 6,—; Schilditz, III. 2,70; Ob. Keina, III. 3,—; Berlin (Pl. Pöger), III. 2,40 (?); Dorfprojekten, Injerat 2,40; Aue, III. 1,80 (Arnold); Berlin, III. u. IV. 1,80 (Jahnke), III. u. IV. 1,80 (Glaser), III. u. IV. 1,80 (Krischte), II. u. III. 1,80 (Langer); Oberpaar, IV. 1,—; Griesbach, IV. 1,—; Berlin, III. 0,90 (Herzfeld); Nagel 0,30 (Siber) Mannheim, Beitrag 125,—; Chemnitz, Extrakt 83,—, Abonn. III. 12,— (Höha), III. 1,80; Mühlhausen (Thür.), Extrakt 73,50, Abonn. III. 22,40, Injerat 0,50; Dessau, Beitrag 25,—, Extrakt 5,—, Abonn. III. 6,—; Hildesheim, Beitrag 25,—, Extrakt 10,—; Wien, „Steinarb.“ Abonn. 14,51; Poltowitz, II. u. III. 1,80, Injerat 3,—, Brofch. 0,20; Zwingenberg, III. 4,20; Durach, III. u. IV. 2,40; Niedergrund, III. 1,20 (Schierer); Görlau, IV. 0,92 (Breitfelder); Goldberg, IV. 0,90; München, Extrakt 50,—, Abonn. III. 18,60; Wenig-Radwig, III. 41,80, Injerat 1,40; Friedberg (Hessen), Extrakt 37,—, Abonn. III. 6,—; Effen, Extrakt 18,—; Eichenach, Beitrag 1,—, Abonn. III. 14,20; Potsdam, Extrakt 10,—; Ruhmannsfelden, II. 7,40; Kürnbach, II. 1,28 (Alldinger); Coburg, III. 9,—; Jauer, III. 1,40, Injerat 3,60 (Rothe); Budapest, Abonn. 1,88; Grimmitzschau, III.—IV. 1,80 (Prager); Wiela, III. 1,80 (Ebenet); Rinteln (Klee), III. 1,20; Breslau, Beitrag 125,—, Extrakt 42,50, Abonn. III. 18,60, Injerat 1,20; Reudorf b. Pirna, Extrakt 143,50; Lodersleben, Extrakt 5,—, Delegirtenst. 2,50, Berlin, III. 3,— (Firma Braun); Avenleben, Beitr. 125,—, Abonn. III. 21,50; Ob. Peilau, Beitrag 23,70, Extrakt 3,—, Delegirtenst. 0,25, Abonn. III. 10,60; Grünsfeld, Stempel 3,—, Abonn. III. 12,60; Lübeck, Extrakt 9,—, Abonn. III. 7,60; Reusorg, III. 3,—; Miltenberg, Extrakt 2,50; Gr. Rosen, Beitrag 50,—, Extrakt 21,50, Delegirtenst. 0,25, Abonn. III. 10,80; Deutmannsdorf, Extrakt 45,50; Rürnberg, III. 27,—; Ohlsdorf, III. 12,—; Sütto, III. u. IV. 2,05; Rummelsburg, III. 1,20 (Walchow); Elberfeld, Extrakt 67,50; Hohlstein, III. 6,60; Schwerin, I. u. II. 1,55 (Lamprecht); Avenleben, Extrakt 142,—, Delegirtenst. 3,25; Klost. Beitrag 100,—, Extrakt 7,—; Beucha-Brandis, Extrakt 57,50, Abonn. III. 33,—; Demitz-Thumitz, Beitrag 60,—, Abonn. II. 16,—; Gera, Beitrag 50,—, Abonn. III. 9,—; Lahr, Beitrag 50,—; Mez, Extrakt 20,—, Abonn. 6,—; Braunshweig, Extrakt 6,75, Abonn. III. 15,—; Berlin, III. u. IV. 1,80 (Pelz).

Carl Dittmann, Kassierer.

Literarisches.

Das **Gewerbegericht**, Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbegerichte. Herausgeber: Dr. Jankow (Privatdozent, Stadtrat), Charlottenburg-Berlin, Dr. Fleisch (Stadtrat), Frankfurt a. M. (Verlag von Georg Reimer in Berlin.) Die Zeitschrift enthält in Nr. 1 des 7. Jahrganges außer der Rechtsprechung in deutschen Gewerbegerichten und Berufungsgerichten (Darmstadt, Bremen, Stuttgart, Offenbach, Karlsruhe, Hamburg), anderen deutschen Gerichten (Oberlandesgericht Breslau, Amtsgericht Reuß) u. a.: Die Bedeutung der GG.-Novelle für die ordentlichen Gerichte. Von Privatdozent Dr. J. Jankow. Die Ausschließung der Anwälte von den GG. Von Dr. Braum, Rechtsanwalt am Kammergericht. — Allgemeines über GG. und Arbeitsvertrag: Miquel und die GG.; Statist. der GG. in Frankreich und Alger; Arbeitsvertrags-Gesetzgebung in Ungarn. — Verbandsangelegenheiten: Verbandsstag in Lübeck. — Literatur: v. Schider, Gewerbeordnung.

Briefkasten.

Nimbach. 3. Wahlberechtigt zum Reichstag mit dem 25. Jahre.

Anzeigen.

Berlin I.

Sonntag, den 13. Oktober, Mittags 12^{1/2} Uhr im

Engl. Garten, Alexanderstr. 27c:

Öffentliche Versammlung

Tagesordnung:

1. Abrechnung.
2. Neuwahl des Vertrauensmannes, Kassierers, Gewerkschafts-Delegirten und Statistikers.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vertrauensmann.

Steinarbeiter von Düsseldorf u. Umgeg.

Am Sonntag, den 13. Oktober, Abends 6 Uhr im Saale des Herrn Helligrath, Neubrückstraße 12

Herbstfest

Bestehend in Konzert, Komischen Vorträgen und nachfolgendem

Ganzkränzchen.

Die Kollegen von Nah und Fern sind hierzu eingeladen.

Das Fest-Komitee.

Stein-Bosseure.

Es werden sofort bei hohem Akkord-Lohn noch 3—4 gewandte, erfahrene Arbeiter zum Bossiren von Porphyrsteinen gesucht, die bei guter Leistung dauernde Beschäftigung finden.

Denselben wird freie Wohnung bezw. Miethschädigung gewährt. — Meldungen an Rentamt Ostrau, Kr. Bitterfeld.

Steinbruch-Betriebsinspektor.

Ein durchaus in Leitung eines Porphyr-Steinbruches erfahrener Betriebsinspektor, der selbständig denselben zu leiten und Abschlüsse der Lieferungen zu übernehmen hat, wird sofort oder 1. Oktober gesucht. Gehaltsansprüche und Zeugnisse unter G. D. 2091 an Haasenstein & Vogler A.-G., Halle a. S., erbeten.

20—30 Steinmeßer

werden verlangt bei dauernder Arbeit, Dresdener Tarif mit 50 pCt. Zuschlag. Tagelohns-Arbeit pro Stunde 40 Pfg.

Weber & Koch,

Steinbruchbetrieb nebst Steinhauerei, Hankenberg b. Osnabrück.

Geschäftsführer: Grimmer.

Der Steinmeß Otto Schmitz aus Duisburg möge, wenn er dauernde, lohnende Arbeit wünscht, seine Adresse unter F. D. 12 an die Redaktion dieses Blattes senden.

Ich versende

12 Stück Steinmeßknüpfel

aus prima Weißbuche für 10 Mt. sortirt von 15—19 cm Durchm., für 12 Mt. sortirt von 16—21 cm Durchm., alle andern Stärken laut Verzeichniß. Nur hochfeine Waare. Größtes Geschäft in der Branche. Nur Nachnahme. Versand nicht unter 12 Stück.

Gelegenheitskauf.

1 Duzend Steinbauerknüpfel

14—16 cm., sortirt für 6 Mt.

Bei Bestellungen bitten wir um genaue Adresse, sowie Ort und Bahnstation.

Walter Lauterwald
Eisleben.

Ca. 50 cbm Kalkstein-Werkstücke (Quader)

aus bestem Köfener Kalkstein (Stücke nicht unter 1/6 cbm), vorzüglichst für Steinmeßarbeiten zc. geeignet, hat billigt abzugeben die

Sächsisch-Thüringische Aktien-Gesellschaft für Kalksteinverwertung in Köfen a. S.

Prima Hobelbandstahl für Steinmeßer,

15x0,4 mm à Kilo 1,15 Mt.
 Rehbach'sche Steinhauerstifte à Duzend 0,20 "
 empfiehlt Max Muster, Eisenhandlung,
 Chemnitz i. Sachsen.

Nachruf.

Am 28. September starb unser Kollege

Johann Kreuzer

im Alter von 40^{1/2} Jahren an Herzschlag.

Ehre seinem Andenken.

Die organisirten Steinarbeiter von
Schwarzenbach a. S.